

BHI-Beschlüsse

Genehmigt vom BHI-Kongress in Durban Südafrika
am 1. Dezember 2017.



06. Wiederherstellung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in Kambodscha

Eingereicht von gewerkschaft/en: BWTUC Kambodscha

Alarmiert von der Tatsache, dass ein Gewerkschaftsgesetz in Kambodscha erlassen wurde, zusammen mit anderen Regelungen (Prakas) und Anhängen, das die unmittelbare Gefahr birgt, dass sowohl das Recht auf Vereinigungsfreiheit als auch das Recht auf Kollektivverhandlungen in Kambodscha eingeschränkt werden.

Vor dem Hintergrund dessen, dass das Gesetz Artikel beinhaltet, die kategorisch die Existenz unabhängiger Gewerkschaften in Kambodscha bedrohen, indem es das Recht der Gewerkschaften beschneidet, Kollektivverhandlungen durchzuführen und ihre Mitglieder bei Tarifaueinandersetzungen zu vertreten, und es den jeweiligen Parteien, Arbeitgeberverbänden und Gerichten erlaubt, sich willkürlich in Gewerkschaftsangelegenheiten einzumischen und sogar eine Gewerkschaft aufzulösen. Die in diesem Gesetz festgeschriebenen Regelungen und Verfahren gelten nur für angestellte Arbeitnehmer im formellen Sektor, was somit Hindernisse für die gewerkschaftlich organisierten Leiharbeitskräfte und Beschäftigten bei Subunternehmen bedeutet.

Unter Hervorhebung der Tatsache, dass das Gesetz als ein politisches Instrument der Regierungspartei dient, um die Kontrolle eisern im Griff zu behalten, indem den Bürgern zivile und politische Rechte abgesprochen werden. Dies wird besonders in Artikel 20 deutlich, der es Arbeitnehmern mit Vorstrafen untersagt, Führungspositionen in Gewerkschaften zu übernehmen, und von dem viele Arbeitnehmer betroffen sind, die als illegal betrachtete Streiks durchgeführt haben.

Fordert die Regierung von Kambodscha auf, das Gewerkschaftsgesetz nicht länger anzuwenden und weitere Beratungen mit allen Gewerkschaften in Kambodscha aufzunehmen.

Bittet nachdrücklich darum, dass die Regierung von Kambodscha die Empfehlungen der ILO-Direktmission 2016 umzusetzen, die auch durch die von Gewerkschaften vorgebrachten Punkte und den Dialog mit ihnen untermauert werden, um für alle Arbeitnehmer ein Arbeitsklima zu schaffen, das frei von Einschüchterung und Gewalt ist und auch für informell Beschäftigte und Beamte gilt, so dass alle ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit ausüben können. Die Regierung von Kambodscha muss faire Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen wiederherstellen, indem sie das Recht aller Gewerkschaften schützt, ihre Mitglieder bei einer Schlichtung und in Tarifverhandlungen zu vertreten.

Fordert nachdrücklich die Regierung von Kambodscha auf, alle Anklagen gegen Gewerkschaftsführer fallenzulassen, die rechtmäßig ihr Versammlungsrecht ausgeübt haben, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern.



Aus diesen Gründen haben wir die folgende Entschließung angenommen: Die BHI wird sich auch weiterhin für die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit in Kambodscha einsetzen, im Zusammenhang mit dem Prinzip, dass Gewerkschaften eine Säule der Gesellschaft sind, und auf dem Weg zu einem demokratischen Land, das die Menschenrechte seiner Bürger schützt, darunter auch ihr politisches Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

UNTERSCHRIFT:



Mr. SOK KIN

Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes
Building and Wood Workers Trade Union
Federation for Cambodia (BWTUC)



BWI • BHI • BTI • IBB • ICM
www.bwint.org